

Antrag

des Landes Niedersachsen

zum

Gesetz zur Regelung des Verhältnisses von Kriegsfolgesetzen zum Einigungsvertrag

Punkt 10 der 638. Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember 1991

Der Bundesrat möge folgende EntschlieÙung fassen:

Der Bundesrat bedauert, daß die Bundesregierung sich nicht in der Lage sah, rechtzeitig unter Einhaltung der vom Einigungsvertrag gesetzten Fristen den Entwurf eines Kriegsfolgenabschlußgesetzes vorzulegen, und nun zu der Lösung einer Verlängerung der Übergangsregelungen gegriffen werden muß.

Die Bundesregierung hat offenbar Schwierigkeiten, in dem Gesetz auch zu Regelungen zu kommen, die die privilegierte Zuwanderung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern nach Ende der Nachkriegszeit und Wegfall des Vertreibungsdruckes in einem absehbaren Zeitraum zu einem Ende bringen. Der Bundesrat hält eine solche Regelung - eingebettet in eine zukunftsweisende Zuwanderungspolitik - für dringend notwendig.

Der Bundesrat erwartet, daß die Bundesregierung das Gesetzgebungsverfahren nunmehr zügig einleitet.

Ausgeliefert am 18. DEZ. 1991